



## 1 Jahr Große Koalition:

# Wichtige Vorhaben angepackt!

Der Zustand der Großen Koalition nach einem Jahr Regierungsarbeit wird häufig als sehr schlecht beschrieben. Diese Einschätzung ignoriert, dass die Koalition in dieser Zeit viele Ziele aus dem Koalitionsvertrag abgearbeitet hat und unser Land in unruhigen Zeiten viel erreicht. Wir haben in den vergangenen 12 Monaten viele wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht:

### **Moderne Infrastruktur**

Wir haben den Fonds „Digitale Infrastruktur“ eingerichtet, der zu 70 Prozent in den Gigabit-Netzausbau und zu 30 Prozent an die Länder für Investitionen in die digitale Infrastruktur von Schulen fließt. Bis 2023 helfen wir den Kommunen mit 240 Millionen Euro, mehr in die Sanierung ihrer Sporthallen, Schwimmbäder und Kultureinrichtungen zu investieren. Damit setzen wir unsere Hilfen in diesem Bereich konsequent fort.

### **Wohnen**

Das Baukindergeld kann seit September 2018 bei der KfW beantragt werden. Pro Kind und Jahr erhalten Eltern zehn Jahre lang 1.200 Euro, wenn ihr zu versteuerndes Jahreseinkommen 90.000 Euro nicht übersteigt (bei einem Kind; 15.000 Euro mehr für jedes weitere Kind).



**Die große Koalition hat in Berlin in einem Jahr bereits viel erreicht.**

Foto: Deutscher Bundestag / Axel Hartmann

### **Pflege**

Wir sorgen für etwa 13.000 neue Pflegepersonalstellen und erleichtern die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Kliniken.

### **Sicherheit**

Wir haben beschlossen, dass Tunesien, Algerien und Marokko – sowie nun auch Georgien – künftig zu den sicheren Herkunftsstaaten gehören sollen. Bund und Länder haben einen Pakt für den Rechtsstaat geschlossen und hierfür konkrete Maßnahmen in vier Bereichen beschlossen: Es sollen 2.000 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen werden, um die Justiz zu entlasten. Gerichtsverfahren sollen beschleunigt und vereinfacht werden.

Wir stärken den Staat, indem wir mehr Stellen bei den Sicherheitskräften schaffen. Im Koalitionsvertrag haben wir für diese Legislaturperiode zusätzliche 7.500 Stellen allein beim Bund vereinbart. Davon sind in den Haushalten 2018 und 2019 bereits 4.000 Stellen vor allem für die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt beschlossen.



### **Steuern**

Wir schaffen den Solidaritätszuschlag für 90% der Bevölkerung ab und entlasten somit die Steuerzahler. Die Grundsteuer wird reformiert. Die Bundesländer können dann die Höhe flexibel gestalten. Somit ist eine der wichtigsten Finanzierungsbasis der Kommunen auch weiterhin gesichert.

### **Klima**

Deutschland war eines der ersten Länder, das 2016 eine langfristige Strategie für eine weitgehende Treibhausgasneutralität bis 2050 beschlossen hat. Der Treibhausgasausstoß sinkt von 1990 bis 2020 um mehr als 30 Prozent – und das trotz Wirtschaftswachstums, und des Ausstiegs aus der Kernkraft. Der Energieverbrauch ist 2018 auf den niedrigsten Stand seit Anfang der 1970er Jahre gefallen. Das Klimakabinett wird im September einen ambitionierten Plan vorstellen, um unsere Ziele zu erreichen.

## Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Jagdpolitische Konferenz	Seite 3
Besuchergruppe in Berlin	Seite 4



## Neues aus dem Bundestag

**Erste Beratung der Gruppenanträge über Organ-spenden.** Obwohl die Zahl von Menschen, die auf ein Spenderorgan angewiesen sind, gleichbleibend hoch ist, verzeichnet man in Deutschland weiterhin ein geringes Ausmaß an Organ-spenden. Nun berät der Deutsche Bundestag in erster Lesung Gesetzentwürfe zur Frage, wie die Zahl der verfügbaren Organe gesteigert werden kann. In diesem ethisch schwierigen Thema müssen Lösungsvorschläge gut begründet und abge-wogen werden. Daher erfolgt die Auseinandersetzung um die beste Lösung über die Fraktionsgrenzen hinweg mit Gruppenanträgen. Insbesondere umstritten ist die Frage, wie ein Einvernehmen möglicher Spender erreicht werden kann. Eine Gruppe vertritt die Auffas-sung, dass einer Organspende ausdrücklich zugestimmt werden sollte. Eine andere Gruppe wirbt für die Überzeugung, dass einer Organspende im Vorfeld ausdrücklich widersprochen werden müsste.

**Gesetze zur Grundsteuer.** Das Bundesverfassungs-gericht hatte das bisherige System der Grundsteuerer-hebung für verfassungswidrig erklärt, weil das derzeitige System wegen völlig veralteter Bewertungs-grundlagen (in Westdeutschland von 1964 und in Ost-deutschland sogar von 1935) nicht mehr den Maßgaben des Grundgesetzes entspricht. Das Bundes-verfassungsgericht hatte dem Gesetzgeber aufgege-ben, bis zum 31. Dezember 2019 eine Neuregelung auf den Weg zu bringen. Diesem Auftrag kommen wir mit insgesamt drei Gesetzen nach, die wir in erster Lesung beraten: Erstens ein Gesetz zur Änderung des Grund-gesetzes (Artikel 72, 105 und 125b), zweitens das Ge-setz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer- Reformgesetz) und drittens dem Gesetz Änderung des Grundsteuergeset-zes zur Mobilisierung von baureifen Grundstücken für die Bebauung. 2025 soll die neu berechnete Grund-steuer erstmals fällig werden. Bis dahin gelten noch die alten Sätze. Die Grundsteuer betrifft alle: Sowohl Haus-eigentümer als auch Mieter müssen sie zahlen, entwe-der direkt an das Finanzamt oder über die Nebenkosten an den Vermieter. Die Einnahmen aus der Grundsteuer liegen derzeit bei mehr als 14 Milliarden Euro jährlich. Damit ist die Grundsteuer nach der Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Auch in Zukunft soll es dabei bleiben, dass jede Kommune den jeweiligen Hebesatz selbst festlegen kann. Da unter Ex-perten strittig war, ob der Bund überhaupt eine Kom-petenz für eine umfassende Neuregelung der Grundsteuer hat, sieht die geplante Reform nun eine Grundgesetz-Änderung vor. Damit soll zum einen die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Grund-steuer geschaffen werden. Gleichzeitig sollen die Län-der aber auch die Möglichkeit erhalten, eigene Gesetze zur Grundsteuer beschließen zu können. Der CDU/CSU- Bundestagsfraktion war dieser Punkt in den Ver-



handlungen wichtig, denn nur so werden passende Lö-sungen für unterschiedliche Begebenheiten und damit auch für den föderalen Wettbewerb möglich. Das ist ein Wettbewerb um das beste Modell, denn uns geht es darum, die Grundsteuer möglichst einfach auszugestal-ten und unnötige Bürokratie zu vermeiden. Die Abwei-chungsmöglichkeit der Länder ist daher ein starkes Bekenntnis zu Föderalismus und zu kommunaler Selbstverwaltung. Es ist die Antwort auf unterschiedli-che Gegebenheiten zwischen Aachen und Zittau, zwi-schen Stadtstaaten und Flächenländern, zwischen Ballungszentren und ländlichen Räumen.

**Der Schiene höchste Priorität einräumen.** Wir for-dern die Bundesregierung auf, gerade im Sinne des Kli-maschutzes weiter zur Stärkung des Bahnverkehrs in Deutschland beizutragen. Die Investitionen in das Schienennetz sollen dafür verstetigt, die Zahl der Bahnkunden soll bis 2030 verdoppelt werden. Gleich-zeitig wollen wir mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Weitere Mittel zum Erreichen dieser Ziele sind die konsequente Umsetzung des Deutschland-Tak-tes und der Digitalisierung der Schiene.

**Gesetz zur Stärkung des Wohngeldes (Wohngeld-stärkungsgesetz).** Das Gesetz, das wir in erster Lesung diskutieren, soll in einer Wohngeldreform 2020 das Leistungsniveau und die Reichweite des Wohngeldes stärken, wovon rund 660.000 Haushalte profitieren werden. Unter anderem soll etwa die Erhöhung der Wohngeldleistung zum 1. Januar 2020 und eine regional gestaffelte Anhebung der Miethöchstbeträge erfol-gen. Vorgesehen ist weiterhin eine Erhöhung von Freibeträgen für Personen mit einer Schwerbehinde-rung und Besserstellungen bei bestimmten anrech-nungsfreien Beträge.

## DJV-Präsident zu Gast bei jagdpolitischer Konferenz im Wahlkreis



v.l.n.r.: Ernst-Dieter Meinecke (Kreisjägerschaft Gifhorn), Henning Otte, MdB, Maike Schulz-Broers (BI Wölfe vs. Land), Heinrich Hellbrügge (Kreisjägermeister Uelzen), Hartwig Fischer (Präsident DJV), Jürgen-Hinrich Kohrs (Kreisjägermeister Gifhorn), Wolfgang von Wieding (Kreisjägermeister Heidekreis), Jörn Schepelmann, MdL, Anne Friesenborg (BI Wolfsfreie Dörfer), Jan-Peter Dralle (Jägerschaft Celle), Hans Knoop (Kreisjägermeister Celle).

Foto Grünhagen

Über 60 Gäste nahmen an einer jagdpolitischen Konferenz mit Hartwig Fischer, Präsident des Deutschen Jagdverbandes (DJV), in meinem Heimatort Eversen teil. Dabei wurden aktuelle Themen diskutiert. Einen besonderen Stellenwert nahm die Diskussion um den Wolf ein. Das Bundeskabinett hatte kürzlich einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Entnahme von Wölfen erleichtern und rechtssicherer machen soll.

Hartwig Fischer: „Ein erster Anfang ist gemacht, aber wir brauchen in Deutschland ein umfassendes Handlungskonzept. Der Wolf ist für die Weltnaturschutzunion (ICNU) keine gefährdete Art. Jäger müssen vor Ort eingebunden werden. Der Gesetzentwurf nimmt dies auf.“

Der Entwurf geht in die richtige Richtung. Die Blockade des SPD-geführten Bundesumweltministeriums konnte aufgebrochen werden. Allerdings bleibt er noch weit hinter den Vorstellungen der CDU und dem Koalitionsvertrag zurück. Das Bundeskabinett hat einige Forderungen aus dem Konzeptpapier meines Arbeitskreises Jagd, Natur und Fischerei "Umgang mit Wölfen in Deutschland" aufgenommen. Ich habe als Vorsitzender des Arbeitskreises hatte dieses Konzeptpapier nach einer Anhörung mit internationalen Fachleuten in die

Fraktion eingebracht. Ich werde mich weiterhin in Berlin für einen noch stärkeren Schutz unser Weidetierhalter und Schafhalter einsetzen.

Hartwig Fischer betonte die Aufgabe der Jäger für Natur und Naturschutz: „Jäger sind ausgebildete Naturschützer, der Deutsche Jagdverband ist eine vom Bund anerkannte Umwelt- und Naturschutzvereinigung. Wir helfen dabei, ein Gleichgewicht in der Natur zu erhalten!“ Dieses Gleichgewicht gerät derzeit bei einem Populationswachstum von 36 Prozent im Jahr aus den Fugen.

Fischer und ich fordern die Aufnahme des Wolfes mit ganzjähriger Schonzeit ins Jagdrecht. „Die Einbindung der Jagd ausübenden bei einer eventuell nötigen Entnahme von Wölfen muss gewährleistet sein.“

Großer Dank gilt Hartwig Fischer für seinen Einsatz als Präsident des DJV. Seit 2011 leitete er den Deutschen Jagdverband als Präsident. Er hat entscheidend dazu beigetragen, dass der DJV sich neu aufgestellt hat und das Absehen der Jagd erheblich gesteigert wurde. Fischer hinterlässt ein exzellent bestelltes Haus für seinen Nachfolger, Dr. Volker Böhning, der kürzlich auf dem Bundesjägertag in Berlin gewählt wurde.

## Änderungen beim Staatsangehörigkeitsrecht

Wir verabschiedeten in dieser Woche in 2./3. Lesung ein Gesetz, auf das wir als Unionsfraktion lange gedrungen haben: Doppelstaatler werden ihre Staatsangehörigkeit verlieren, wenn sie sich an Kampfhandlungen einer Terrormiliz im Ausland beteiligen. Im parlamentarischen Verfahren ist uns gelungen, drei weitere Regelungen durchzusetzen: Wer in Mehrehe lebt, kann nicht eingebürgert werden. Das ist

in Zukunft klar geregelt, denn die Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse muss bei der Einbürgerung gewährleistet sein. Zudem müssen vor der Einbürgerung Identität und Staatsangehörigkeit geklärt sein. Dem Missbrauch wirkt das Gesetz entgegen, indem erschlundene Einbürgerungen künftig nicht mehr nur fünf, sondern zehn Jahre lang zurückgenommen werden können.

## Königlicher Besuch in Berlin



**Die Besuchergruppe auf den Stufen des Reichstagsgebäudes.**

Foto: Bundesregierung/Volker Schneider

Hoher Besuch aus meinem Wahlkreis: Die Heidekö-  
nigin mit ihrer Hofdame aus Meißen-  
dorf, der Heide-  
bock und die Hofdamen aus Westerweyhe  
sowie die Bad Bevensener Heidekartoffelk-  
önigin durfte ich in Berlin empfangen. Mit  
der Einladung der Damen und des Herren möchte  
ich meiner Dank für ihr Engagement als Re-  
präsentanten und Botschafter unserer schö-  
nen Heimat ausdrücken. Die Gäste waren teil  
einer BPA-Besuchergruppe, die drei Tage die  
Bundeshauptstadt besuchte. Auf dem Pro-  
gramm stand unter anderem die Besichti-  
gung des Plenarsaals und der Kuppel des  
Reichstagsgebäudes. Hier konnte ich die et-  
wa 50 Gäste aus meinem Wahlkreis im Sit-  
zungssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
zum Gespräch treffen.

desinnenministerium und das Stasi-Museum in der  
Normannenstraße wurden besucht.

Außerdem informierte man sich über die  
Arbeit der Landesvertretung Niedersachsen.  
Geschichte zum Anfassen gab es in der Ge-  
dänkstätte Deutscher Widerstand, die im  
Bendlerblock an das Attentat auf Adolf Hitler  
vor genau 75 Jahren erinnert. Auch das Bun-



**Die Majestäten auf der Dachterasse des Reichstags.**

Foto Flasche

### Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Christoph Wilks



Dr. Svend Moeller



Jörg Grünhagen



Uwe Moldenhauer

#### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20

Fax 030 / 227 – 7 63 20

Henning.Otte@bundestag.de

[www.henning-otte.de](http://www.henning-otte.de)

#### Büro Celle

Südwall 26  
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98

Fax 0 51 41 / 68 83

Henning.Otte.wk@bundestag.de

[www.facebook.com/henningottecducleuelzen](https://www.facebook.com/henningottecducleuelzen)

#### Büro Uelzen

Celler Str. 1

29525 Uelzen

Tel. 05 81 / 9 71 25 43

Fax 05 81 / 157 36

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und V.i.S.d.P.:  
Henning Otte, MdB

